ÖFFENTLICH GEFÖRDERTE BESCHÄFTIGUNG FÜR LANGZEITLEISTUNGSBEZIEHER DES SGB II

Ausgangslage

Um neue Integrationsperspektiven für die Arbeitslosengeld-II-Empfänger zu eröffnen, hatte sich das Jobcenter Waldshut am Interessensbekundungsverfahren des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Durchführung des Modellprojektes „Bürgerarbeit“ im Jahr 2010 beworben. Am 09.07.2010 wurde der Landkreis Waldshut in das Modellprojekt aufgenommen. Die Projektlaufzeit wurde auf den 31.12.2014 bundesweit begrenzt.

Mit der „Bürgerarbeit“ hatte sich das Bundesministerium dafür entschieden, zusätzliche Anreize zu schaffen, einen möglichst hohen Anteil der arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsbezieher (eLb) durch gute und konsequente Aktivierung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Konzeption des neuen Bundesprogrammes hat hervorragend in die Strategie des Jobcenters des Landkreises Waldshut zur Reduzierung der Langzeitleistungsbezieher gepasst. Über ein verbindliches und konsequentes Fallmanagement und über bedarfsgenau zugeschnittene Maßnahmen ist es gelungen auch den beschriebenen Personenkreis in Erwerbstätigkeit zu vermitteln, wenn auch nicht in dem Umfange, wie es notwendig gewesen wäre. Dazu hat ein längerfristiges einsetzbares Instrument mit neuer Qualität gefehlt.

Bürgerarbeit war dieses Instrument. Die Leistungsbezieher konnten mit der Zielsetzung, dass sie einen „Bürgerarbeitsplatz“ erhalten können, wenn sie eine Aktivierungsphase durchlaufen haben, motiviert werden. Die Aussicht auf einen Arbeitsvertrag für eine Tätigkeit in einer Arbeitswelt („zusätzlich, öffentlichem Interesse“), die zunächst in einem „geschützteren Bereich“ stattfindet, fand Zuspruch. Der „Bürgerarbeitsplatz“ war der ideale Arbeitsort, weil die Leistungsbezieher hier nicht der Arbeitsbelastung des ersten Arbeitsmarktes ausgesetzt waren. Hinzu kam, dass die Unterstützung mit einem persönlichen Coach, der motiviert, berät und unterstützt, damit der Sprung in einen regulären Job auch tatsächlich gelingt, sehr gut angenommen wurde.

Die Ergebnisse nach vier Jahren Bürgerarbeit spiegeln den Erfolg wider:

- Seit Projektbeginn konnten 737 Leistungsbezieher für die Bürgerarbeit aktiviert werden. Davon konnten während der Aktivierungs- und Beschäftigungsphase 627 Personen, das sind 85 %, in Arbeit vermittelt werden.
- Zwei Drittel der in Arbeit vermittelten Personen fanden eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.
- Im Durchschnitt waren die Bürgerarbeitsplätze zu 90 % besetzt. Die Maßnahmen zur Aktivierung der Leistungsbezieher wurden auf die Bedarfe der Einsatzstellen der Bürgerarbeitsplätze abgestimmt.

Die Ergebnisse aus dem Projekt Bürgerarbeit, aber auch die darüber hinausgehenden Anstrengungen des Jobcenters des Landkreises Waldshut zur Reduzierung der Langzeitleistungsbezieher – mit einer Reduzierung der Langzeitleistungsbezieher von minus 7,7 % (aktuelle Kennzahl nach § 48 a SGB II) liegt der Landkreis Waldshut bundesweit auf einem vorderen Rang - zeigen drei wesentliche Erkenntnisse:

- Für einen großen Teil der Langzeitleistungsbezieher reichen kurzfristige Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nicht aus, um sie wieder auf den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Für diesen Personenkreis sind längerfristig einsetzbare Förderinstrumente erforderlich. Die Menschen haben eine große Distanz zum Arbeitsmarkt und können allenfalls durch langfristig angelegtes Heranführen an die Anforderungen im Arbeitsleben zu dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen befähigt werden. Hierfür sind längere Stabilisierungsphasen erforderlich, die ohne eine längerfristige Unterstützung nicht möglich sind. Bürgerarbeit als Aktivierungsmaßnahme war hierfür hervorragend geeignet. Vor allem die Aussicht auf einen Arbeitsvertrag und damit als „gleichwertig Beschäftigter“ tätig zu sein, so wurde immer wieder von den Bürgerarbeitern berichtet, wirkte enorm motivierend.
- Trotz allem Engagement und selbst bei optimaler Unterstützung der Leistungsbeziehenden, hat das Jobcenter die Erkenntnis gewonnen, dass für einige Leistungsbeziehende keine realistische Aussicht besteht, auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Dies obwohl der Arbeitsmarkt im Landkreis Waldshut und der benachbarten Schweiz sehr aufnahmefähig ist. So konnten über verschiedene Projekte und Maßnahmenträger, über persönliche Kontakte des Arbeitgeberservices, über beste Kontakte des Fallmanagements zu Arbeitgebern immer noch hilfebedürftige Personen vermittelt werden, für die in der zurückliegenden Zeit kein Arbeitsplatz gefunden wurde. Allerdings gelingt dies in zunehmendem Maße immer weniger. Die Integrationen, vor allem die nachhaltigen, sind stark rückläufig.
- Die Betreuung der Langzeitleistungsbezieher erfordert einen höheren Personaleinsatz, als bei arbeitsmarktnäheren Kunden. Eine hohe Beratungskompetenz der MitarbeiterInnen, eine günstige Relation zwischen Beschäftigten und Leistungsberechtigten sowie eine intensive Arbeit mit Leistungsberechtigten im Jobcenter sind nach unseren Erfahrungen zielführend. Die MitarbeiterInnen im Jobcenter Waldshut sind sehr nahe an den Leistungsempfängern dran, sie kennen die Bedarfe der Kunden sehr genau und versuchen mit individuellen Lösungsansätzen und mit Hilfe der Maßnahmenträger die Leistungsempfänger wieder in Erwerbstätigkeit zu vermitteln. Wie die Ergebnisse zeigen, ist dieser Ansatz sehr erfolgreich, erfordert allerdings höhere Verwaltungsausgaben. Das derzeitige Verwaltungskostenbudget reicht nicht dazu aus, diesen erfolgreichen Weg weiter zu beschreiten.

Forderungen des Landkreises Waldshut

Der Kreistag des Landkreises Waldshut hat deshalb in seiner Sitzung am 05. November 2014 folgenden Beschluss gefasst:

1. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist aufzufordern, für arbeitsmarktfremde Langzeitarbeitslose ein längerfristig flexibel einsetzbares Förderinstrument aufzulegen. Wesentlicher Inhalt sollte dabei sein, dass die passiven Leistungen in aktive Leistungen umgewandelt werden können. Eine Förderung über einen wie auch immer gearteten Lohnkostenzuschuss ist für diese Personengruppe nicht geeignet. Die bundesweit gemachten Erfahrungen aus dem Projekt „Bürgerarbeit“ sind dabei zu berücksichtigen. Der Förderzeitraum sollte auf mindestens zwei Jahre festgelegt werden.

2. Ein sozialer Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter Beschäftigung ist unerlässlich in Anbetracht des hohen Anteils von Leistungsberechtigten im SGB II, die keine unmittelbare Aussicht auf reguläre, ungeforderte Beschäftigung haben und häufig lange Zeit im Leistungsbezug sind.
3. Das Verwaltungskostenbudget ist zu erhöhen. Die Bedarfslage der Kunden benötigt individuelle, neue Wege, damit eine nachhaltige Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt auch gelingt. Es geht dabei nicht mehr nur um die „schlichte“ Vermittlung, sondern es müssen existenzielle Berufs- und Lebensperspektiven entwickelt werden. Der Verteilerschlüssel der Bundeszuweisungen – derzeit abhängig von der Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften - ist so zu verändern, dass auch Anreize zur effektiven Beratung und Vermittlung der Langzeitleistungsbezieher in Arbeit geschaffen werden.

Der Landkreis Waldshut nimmt seine sozialpolitische Verantwortung für die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen wahr. Die nahezu 5.000 Bedarfsgemeinschaften zum Start des SGB II zum 1. Januar 2005 haben sich bis heute nahezu halbiert. Dies ist natürlich der wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Jahren zu verdanken, die sich positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat, aber auch den Anstrengungen, die der Landkreis Waldshut zur Reduzierung der Arbeitslosen insgesamt unternommen hat. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten, erkennen allerdings die Realitäten im SGB II. Hier erwarten wir, dass der Bund längerfristiges Handeln der Jobcenter stärker honoriert als kurzfristige Erfolge. Dabei geht es neben der Integration in Arbeit auch und gerade darum, soziale Teilhabe sicherzustellen. Eine Verfestigung der Hilfebedürftigkeit sollte vermieden werden.

Die Auswirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit sind wissenschaftlich vielfach untersucht worden. Die individuellen Auswirkungen, die Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen, auf die Wirtschaft und auch auf das Staatswesen sind hinlänglich bekannt. Im Landkreis Waldshut sind wir dabei diese Probleme zu lösen, dies gelingt uns allerdings nur mit der Unterstützung des Bundes.

Dr. Martin Kistler
Landrat

Andreas Harder
LIGA der Wohlfahrtsverbände